

28.11.2023

# Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)  
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/6803

## 2. Lesung

hier:

### **Kapitel 03 110 Polizei**

#### **Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Erhöhung des Baransatzes

<b>HH 2024</b>	<b>Ansatz lt. HH 2023</b>
von 584.458.300 Euro	580.949.500 Euro
um 700.000 Euro	
auf 585.158.300 Euro	

Schaffung von 12 Planstellen und Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse des islamistisch motivierten Antisemitismus.

von 0 LG 2.2  
um 7 LG 2.2  
auf 7 LG 2.2

und  
von 0 LG 2.1  
um 5 LG 2.1  
auf 5 LG 2.1

**Begründung**

Der aktuell erneut aufgeflamnte und militant ausgetragene Konflikt zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas hat wiederholt offenbart, wovon die AfD, als auch Juden und liberale Muslime seit vielen Jahren warnen. Zahlreiche Pro-Palästina-Demonstrationen zeigen, dass viel zu viele islamistisch motivierte Antisemiten in Nordrhein-Westfalen leben und agieren. Sie lehnen nicht nur unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab und berufen sich dabei vielfach auf die Scharia, sondern bestreiten auch das Existenzrecht Israels. Es ist vor diesem Hintergrund dringend erforderlich, 12 Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse islamistischer, antisemitischer Radikalisierung und zunehmender Militanz dieser Szene zu schaffen, um antisemitisch motivierte Straftaten in einem möglichst frühen Stadium aufklären zu können.

Dr. Martin Vincentz  
Andreas Keith  
Dr. Hartmut Beucker  
Markus Wagner

und Fraktion